

Martin Böhm

Mitglied des Bayerischen Landtags
AfD-Fraktion

- Bundes- und europapolitischer Sprecher der Fraktion
- Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europa-Angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Rückfragen: 0171/4433555 (MdL-Büro Coburg)
Mail: martin.boehm@afdbayern.de
Homepage: www.mdl-boehm.de

Pressemitteilung

20.10.2021

Bundesbankpräsident Weidmann zieht sich zurück – jetzt drohen neue Schulden-Orgien und Inflation

Nach über zehn Jahren im Amt hat Bundesbankpräsident Jens Weidmann beim Bundespräsidenten um seine Entlassung zum Jahresende 2021 gebeten. Dies geht aus einer aktuellen Pressemitteilung der Bundesbank hervor.

Der bundes- und europapolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Martin Böhm, kommentiert dies wie folgt:

„Es ist ein fatales Zeichen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung bundes-, aber auch europaweit. Weidmann war zwar nie laut, hat viele Demütigungen seitens der deutschen wie auch der EZB-Politik ertragen müssen – dennoch kann man den scheidenden Bundesbankpräsidenten als einen der letzten vernünftigen Geldpolitiker bezeichnen, der die heutigen Probleme kommen sah und lieber die Ursachen als bloß die Symptome bekämpfen wollte.

Noch dieses Jahr wird die inländische Inflation auf etwa fünf Prozent klettern. Die hart arbeitenden deutschen Sparer wurden dank der Nullzins-Politik der EZB um schätzungsweise 500 Milliarden Euro gebracht – damit wurde indirekt der wirtschaftsschwache europäische Süden finanziert.

Nach wie vor beharrt man nicht nur auf dieser desaströsen Politik der Strafzinsen, sondern die Ampel-Koalition wird die Schuldenmacherei insbesondere für klimaideologische Zwecke in neue Höhen treiben. An Unterstützung von CDU-Frau von der Leyen, die bereits stolz den ‚EU-Green-Deal‘ präsentiert hat, wird es nicht mangeln.

Dass Weidmann ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt aus dem Ring steigt, ist ein höchst alarmierendes Zeichen, wie es um die künftige weitere Entwicklung der EU und des Euro steht.

Ich fordere dazu auf, den neuen Bundesbankpräsidenten mit Augenmaß auszuwählen, damit er als vernünftiger Gegenpol zur neuen Bundesregierung hoffentlich das Schlimmste verhindern und dem endgültigen Abschied von einer stabilen Geldpolitik entgegenwirken kann.“